

DRUCKSACHE THÜRINGEN

Zeitung der CDU-Landtagsfraktion Ausgabe Herbst 2020



Seite 4

Schützen Sie unseren Wald - helfen Sie mit!

Seite 6



Die Bewältigung der Corona-Krise in der Thüringer Industrie ist politische Präzisionsarbeit.

Unsere Industrie kämpft ums Überleben

Trotz einer zuletzt leichten Erholung der Thüringer Wirtschaft – viele Betriebe zwischen Altenburg und Eisenach kämpfen nach wie vor um das nackte Überleben. Überdurchschnittlich hart getroffen hat es dabei die Industrie. Fast jedes dritte Unternehmen in Thüringen hat Kurzarbeit angemeldet. **Werksschließungen, Kurzarbeit und ein Minus an Auftragseingängen im teils zweistelligen Bereich haben die schmalen Reserven vieler Firmen nahezu aufgezehrt.** Jetzt geht es um die Jobs. Besonders hart trifft es die klassische Autoindustrie: JD Norman in Eisenach, Eaton in Nordhausen, die Norma-Group in Gerbershausen und jetzt auch Continental in Mühlhausen. **Die Automobilzulieferer in Thüringen schließen ein Werk nach dem nächsten.** „Die Landespolitik der kommenden Monate muss

sich konsequent an den Belangen des Arbeitsmarktes und des Wirtschaftswachstums für Thüringen ausrichten.“ Das fordert der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Martin Henkel. „Wir können uns eine Politik der ideologischen Gängeleien, die Unternehmen und Arbeitskosten zunehmend belastet, nicht länger leisten.“

Die CDU-Landtagsfraktion habe dazu bereits die richtigen Vorschläge zur Wirtschaftspolitik gemacht und Gesetzesinitiativen in den Landtag eingebracht. „So fordern wir eine Offensive zur Vereinfachung und Entbürokratisierung, beschleunigte Verfahren zur Vergabe von Fördermitteln und die Schaffung zukunftsorientierter Rahmenbedingungen bei

Digitalisierung und Bildung“, sagte Henkel.

Das Thüringer Vergabegesetz etwa gehört wieder entrümpelt. Handwerker bewerben sich nicht mehr um staatliche Aufträge, weil allein schon mit einer Bewerbung viel zu viel Bürokratie verbunden ist. So sollen per Gesetz staatliche Aufträge nur diejenigen erhalten, die mindestens einen ökologischen Aspekt bei der Auftragsausführung umsetzen. „Ich müsste beispielsweise schon vor der Auftragserteilung benennen, welche Baustoffe ich genau verwende“, so Henkel. Das ist bei den Abläufen auf heutigen Großbaustellen schlicht unrealistisch. Wo wir als Union auf

Auftragsentwicklung 1. Halbjahr Thüringer Industrie

Optische Industrie	↑ +6,4
IT Industrie	↑ +6,4
Thüringer Industrie gesamt	↓ -12,6
Metallindustrie	↓ -22,3
Automobilindustrie	↓ -23,9

Quelle: Stat. Landesamt

die soziale Marktwirtschaft setzen, betreibt Rot-Rot-Grün staatspolitische Gängelei.“ **Die CDU-Fraktion setzt sich für ein Zukunftsprogramm zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ein. Bürger und Wirtschaft müssen entlastet werden.** „Die

wirtschaftliche Lage Thüringens ist dramatisch. Es geht darum, Arbeitsplätze und Unternehmen zu sichern. Wir dürfen jetzt keine Zeit mehr verlieren, sondern müssen konsequent gegensteuern, um Thüringen wieder fit zu machen“, fordert Henkel.

KLARTEXT



Prof. Dr. Mario Voigt
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag

© Foto: Laurence Chaperon

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Thüringen war immer ein Land der Erfinder und Tüftler. Carl Zeiss aus Jena, Heinrich Erhardt aus Zella-Mehlis oder das Bauhaus in Weimar. Thüringen hat seinen Platz in der Industriegeschichte längst gefunden. Die Pionierleistungen waren möglich, weil sich Unternehmen auf ihr Ge-

schäft konzentrieren konnten: Produkte entwickeln, produzieren und verkaufen.

Seit einigen Jahren zeigt sich Thüringen vor allem auf einem Gebiet innovativ: Im Errichten von bürokratischen Hürden. Ein verschärftes Vergabeverfahren, immer neue Dokumentationspflichten für Arbeitgeber oder die stete Erhöhung der technischen Anforderungen – **Rot-Rot-Grün versucht, die Wirtschaft nach ihren Vorstellungen umzubauen.**

Diese Industriepolitik schadet Firmen wie Beschäftigten. Beispiele? Thüringen ist für seine landwirtschaftlichen Produkte berühmt. Die Landesregierung hat hier die Anforderungen so verschärft, dass unsere Bauern die Schweinezucht aufgeben und Kartoffeln importieren. Unsere Automotive-Industrie beschäftigt mehr als 30.000 Thüringer. **Rot-Rot-Grün bekämpft Dieselmotoren, Autos in den Innenstädten und macht sich stark für Tempolimits auf**

Autobahnen. Und anstatt den Forschungsstandort Thüringen zu stützen, legt die Landesregierung ein Förderprogramm zum Ankauf von im Ausland produzierten Lastenfahrrädern auf.

Diese Politik schadet unserer Heimat: Wir müssen Betriebe stützen, Jobs sichern und Innovationen fördern. Dafür steht die CDU im Thüringer Landtag.

Ihr
Mario Voigt

Dunkelroter Filz in der Staatskanzlei

Fragwürdige Personalentscheidungen der Landesregierung bringen Thüringens Linke in den Ruf der Vetternwirtschaft. „Ich gebe ungern Geld aus, das nicht da ist“, bekannte der linke Ministerpräsident noch Mitte Juni. Es war eine Botschaft auch an die eigene Partei und seine Koalitionspartner in der Minderheitsregierung. Denn zu prüfen sei, was sich das Land finanziell erlauben könne, was notwendig sei und was nicht. Mitte Juli war der Ramelow'sche Prüfauftrag dann klar beantwortet. Auf das geplante weitere beitragsfreie Kindergartenjahr müsse verzichtet werden. Doch

die Versorgung von altgedienten Genossen hat weiterhin Priorität. So sah eine Kabinetts-

vorlage von Staatskanzleichef Benjamin-Immanuel Hoff (LINKE) vor, Falk Neubert (ebenfalls LINKE) als künftigen Regierungssprecher dauerhaft auf eine Planstelle zu setzen, die in der Besoldungsgruppe B6 mit 10.000 Euro monatlich dotiert ist. Anders als bei dieser Position üblich, würde das Beamtenverhältnis nicht enden, wenn Neubert aus dem Amt scheidet. Neubert hätte Anspruch auf Weiterbeschäftigung nach B6 bis zur Pension in gut 20 Jahren. Der ge-

11.571,92 Euro Urlaubsgeld monatlich – auf Staatskosten



© stock.adobe.com

Die Versorgung von altgedienten Genossen hat in der Thüringer Staatskanzlei Priorität.

plante Versorgungsfall flog auf, weil das SPD-geführte Finanzministerium Einspruch erhoben hatte. Zuvor war bekannt geworden, dass für die Staatssekretärin Gabi Ohler (ebenfalls LINKE) die hochdotierte Stelle der Gleichstellungsbeauftragten dreieinhalb Monate lang freigehalten wurde, bevor sie sie antrat (Drs. 7/1232). Ohler war im März in

den einstweiligen Ruhestand versetzt und zum 1. Juli zur Gleichstellungsbeauftragten ernannt worden. Laut Steuerzahlerbund hatte sie für den Monat der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und drei weitere Monate die volle Besoldung als Staatssekretärin von monatlich 11.571,92 Euro erhalten. Aus Sicht des Steuerzahlerbundes hätte Ohler

unmittelbar nach ihrer Abberufung ihren neuen Posten antreten müssen: „Der bezahlte ‚Urlaub‘ war aus unserer Sicht unnötig.“ Bemerkenswert in beiden Fällen: Den Personalrat dazu zu befragen, wie eigentlich vorgeschrieben, hielt die Regierung des ehemaligen Gewerkschaftsfunktionärs Ramelow nicht für notwendig.

Siegesmunds Pannenserie



© Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0

Die Suedlink-Panne, eine Klatsche vor Gericht für eine eigenmächtige Personalentscheidung und ein ziemlich teurer ministerialer Vorgarten – Umweltministerin Anja Siegesmund (Grüne) kommt derzeit nicht aus den Negativschlagzeilen heraus. Kein Wunder, leistet sie sich derzeit doch einen Patzer nach dem anderen. Seinen Anfang nahm die Unglücksserie der Ministerin mit einer kleinen Anfrage (Drs. 7/1349) des CDU-Umweltexperten Thomas Gottweiss. Die deckte auf, dass Siegesmund eine schöne und artenreiche Wildblumenwiese hatte einebnen lassen, um sich einen neuen Vorgarten für ihr Ministerium zu gönnen – für schlappe 65.000 Euro! Erst ein Jahr zuvor hatte sie sich ebendort eine über 12.000 Euro teure Solarblume platzieren lassen. Damals kam heraus, dass diese den halben Tag im Schatten steht. Weiter ging es mit einer Schlappe vor Gericht: Bei der Einstellung einer Redenschreiberin verstieß Siegesmund gegen das Gesetz. Das Urteil des Meininger Verwaltungsgerichts war eindeutig: Es gab dem hauseigenen Personalrat in allen Punkten Recht. Der hatte sich beschwert, dass Siegesmund bei einem Bewerbungsverfahren eigenmächtig eine ihr genehme Bewerberin

an die Spitze des Bewerberfeldes gesetzt hatte und dabei die vorgeschriebene Bestenauslese und die entsprechenden Einwände des Personalrats einfach ignoriert hatte.

Das Fass zum Überlaufen brachte der jüngste Fehltritt der grünen Spitzenfrau: Wie jetzt erst bekannt wurde, erlangte Siegesmund bereits am 24. April Kenntnis von den brisanten Plänen der vier Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg, eine dritte Leitung in die Stromtrasse des SuedLink zu integrieren – eine weitere Belastung für Thüringen. Doch ihr Ministerium leitete diese Anfrage weder an den Ministerpräsidenten, noch an den Infrastrukturminister weiter.

Als die Pläne – Monate später – schließlich auch öffentlich bekannt wurden, warf Bodo Ramelow den anderen beteiligten Bundesländern mit harschen Worten mangelnde Absprachen und einen schlechten Umgang gegenüber Thüringen vor – und blamierte damit sich und den Freistaat kräftig. Gottweiss' Fazit dieses Vorgangs fällt verheerend aus: „Die rot-rot-grüne Minderheitsregierung zeigt sich einmal mehr nicht in der Lage, die Interessen Thüringens angemessen zu vertreten.“

Bereits am 24. April dieses Jahres erlangte Siegesmund Kenntnis von den brisanten Plänen zur Erweiterung der SuedLink-Trasse - und schwieg.

© stock.adobe.com

Sascha Zwinscher bei seiner Arbeit in der Pflegeeinrichtung im Ilmenauer Blumenviertel. Viele seiner Patienten sind demenzkrank.



„Die psychische Belastung der Patienten in den Heimen ist riesig“

Es hat nicht viel gefehlt, und Rainer R.* hätte wieder mit dem Trinken angefangen. Von einem Tag auf den Anderen durfte er seinen Arbeitsplatz in den Ilmenauer Werkstätten nicht mehr betreten. Der Alkoholiker, der seit den 90-er Jahren trocken lebt, wurde per Allgemeinverfügung behördlicherseits zum Risikopatienten erklärt. „Das war eine prekäre Situation für mich. Denn ohne Arbeit, ohne Kollegen und soziale Kontakte fehlte mir plötzlich die Struktur im Tagesablauf.“ Gerade die Vereinsamung machte dem Mittfünfziger zu schaffen. Denn getrunken habe er damals schon „immer, wenn ich allein war.“

was in der beschäftigungslosen Zeit nicht mehr trainiert werden konnte, bereits verlernt hatten.“ **Fortschritte von Jahren waren und sind bis heute noch gefährdet.** Und so wirft auch die Leiterin des Lebenshilfeworks Ilmenau/ Rudolstadt e.V. in Ilmenau Norden, Dr. Margret Biste, die Frage auf, ob der strikte Fokus auf den Gesundheitsschutz nicht zu Lasten der psychischen Gesundheit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gegangen ist. „Am Anfang war die Verunsicherung groß und die Vorsorge nachvollziehbar“, sagt sie. Am Ende aber habe sie sich manchmal gefragt, warum integrative Arbeitsangebote in Betrieben nachträglich in das Betre-

Dienstleistern und Einrichtungsbetreibern, die gemeinsam sicherstellen sollen, dass die Schwächsten in unserer Gesellschaft die Hilfe bekommen, die ihnen zusteht – zu Preisen, die die Gesellschaft tragen kann und will. Corona hat die eingespielten Abläufe hier regelrecht über den Haufen geworfen. Wer etwa bezahlt die Arbeit in den Behindertenwerkstätten, wenn von den Behinderten keiner mehr auf Arbeit kommen darf? Wie etwa verkraftet ein Träger in der Kurzzeitpflege die nicht so seltenen Fälle, in denen für zwei Wochen vorbestellte Pflegeplätze kurzfristig abgesagt werden, weil die Familie des Pflegebedürftigen wegen Corona nun doch nicht in den Urlaub fährt? Oder weil Krankenhäuser kaum noch Patienten überweisen, da sie nur noch im eingeschränkten Betrieb arbeiten? Sascha Zwinscher von der Einrichtung im Ilmenauer Blumenviertel stand in diesem Frühjahr vor genau diesem Fall. „Wir haben Verträge mit den Pflegekassen, die eine Auslastung unserer Zimmer von wenigstens 90 Prozent vorsehen. Erst ab einer höheren Belegung der Betten machen wir überhaupt Gewinn.“ In normalen Zeiten ist das ein kalkulierbares wirtschaftliches Risiko, welches in Pandemiezeiten schnell zu einer existenzbedrohenden Herausforderung werden kann. Sein Haus hat diese Situation gemeistert. Anfang September ist das Haus

ausgebucht. Der Pflegealltag unter Coronabedingungen lässt aber auch Zwinscher nachdenklich zurück. „Wir haben hier viele Demenzpatienten. Denen kann ich hundert Mal am Tag erklären, warum Sie in ihrem Zimmer bleiben sollen. Und genauso oft besuchen sie sich dann doch wieder gegenseitig.“ Eine Lösung für solche Probleme hat er noch nicht gefunden. Denn einsperren wolle und dürfe man ja niemanden. Auch er erkennt ohnehin, dass die psychische Belastung der Patienten riesig ist, wenn niemand mehr zu Besuch kommen darf und die Sozialkontakte auf das absolute Minimum reduziert werden müssen. Selbst wenn sie es mental noch verstehen.

Auch Rainer R. hofft, dass Kassen, Gesundheitsämter und Einrichtungen aus den Ereignissen des Frühjahrs gelernt haben. „Ich verstehe, dass das alles notwendig war. Aber wenn ich mir etwas wünschen darf, hoffe ich, dass beim nächsten Mal mehr auf die Einzelfälle eingegangen wird“, sagt er. **Er weiß, manch ein Leidensgenosse hat in dieser Zeit wieder mit dem Trinken angefangen. Es sind Opfer, die in keiner Corona-Statistik gezählt werden.**

Von Matthias Thüsing

*Name der Redaktion bekannt

Pflege- und Alteneinrichtungen im Lockdown

Sechs Monate nach dem dramatischen Lockdown zum Beginn der Corona-Pandemie sind die Folgen in Behinderten-, Pflege- und Alteinrichtungen noch lange nicht alle behoben. „Wir haben ab Juni zwar die meisten Mitarbeiter wieder in unsere Werkstätten zurückholen können“, sagt Thomas Mohr, Leiter begleitende Dienste der Ilmenauer Werkstätten. „Aber bei einigen war deutlich zu erkennen, dass sie vieles,

tungsverbot einbezogen wurden. Zum Beispiel durfte ein Beschäftigter wegen Corona nicht weiter in der nahegelegenen Kfz-Werkstatt arbeiten, obwohl er sich nichts dringlicher gewünscht hatte.

Kaum ein Markt in der deutschen Wirtschaft ist so reglementiert wie die Gesundheitsbranche. Hier trifft die mehrere Bände dicke Bundessozialgesetzgebung auf die Interessen von Pflegediensten, Medizinischen

“Thüringen ist nicht gut auf den Heim-Unterricht vorbereitet”

Schule und Corona - das Interview

Michael Hose ist Lehrer am Dr.-Max-Näder-Gymnasium in Königsee.

Herr Hose, wie nah ist der so genannte Regelbetrieb denn tatsächlich am Vor-Corona-Unterricht?

Wenn man von den Masken absieht, ist das schon recht normal. Aber natürlich ist die Verunsicherung in jeder Beziehung groß. Und einige Klassen mussten ja bereits wieder nach Hause geschickt werden.

Spüren Sie diese Verunsicherung bei Ihren Schülern?

Ja. Einerseits sind viele Schüler froh, wieder geordneten Unterricht zu haben, Freunde zu treffen, eine Struktur im Tag zu haben. Andererseits bringen sie auch Probleme von zu Hause mit. Eltern sind in Kurzarbeit oder die Familienbetriebe stecken in finanziellen Schwierigkeiten durch Corona. Das belastet die Schüler und das merke ich als Lehrer auch.

Hinzu kommt - mal bezogen auf die Lernziele - ein verlorenes letztes Halbjahr? Muss jetzt nicht wahnsinnig viel nachgeholt werden?

Das ist unterschiedlich. Viele Kollegen haben einen großartigen, engagierten Fern-Unterricht gemacht. Andere Kollegen haben sich zurückgezogen. Thüringen hat die Schulen auf den digitalen Unterricht einfach nicht gut vorbereitet. Es fehlt an entsprechender Schulung der Kollegen, Tablets, Internetanschlüssen in den Schulen und – zumindest auf dem Land – auch in den heimischen Ar-

beitszimmern. Und dann haben einige Kollegen auch noch einen auf den Deckel bekommen, als sie eigene Initiative gezeigt haben.

Da sprechen Sie jetzt auch über sich selbst. Ihnen ist Thüringens oberster Datenschützer auf´s Dach gestiegen, nachdem Sie mit Ihren Schülern eine Methode gefunden hatten, digitalen Unterricht anzubieten.

Die Idee kam sogar von den Schülern selbst. Die haben gesagt, wir treffen uns sowieso auf einer Internetseite, wenn wir online miteinander kommunizieren. Da können wir uns in größeren Gruppen per Video, Sprach- oder Textnachrichten austauschen. Und über diese Seite haben wir dann den Unterricht gemacht und als Klasse die Verbindung zueinander gehalten.

Bis Lutz Hasse, Thüringens oberster Datenschützer dahinter kam... Was war da los?

Er hat mir und anderen Kollegen ja bislang immer wieder öffentlich Bußgelder angedroht, aber bis auf immer neue Fragen kam noch kein konkreter Vorwurf in Richtung meiner Person. Trotzdem haben meine Kollegen und die Eltern mit Kopfschütteln auf Herrn Hasses öffentliche Äußerungen reagiert.

Es heißt, die Internetseite laufe über amerikanische Server und dürfe daher nicht für Unterricht genutzt werden.

Das habe ich auch gehört. Aber diese Begründung wäre absurd. Am Anfang der Schulschließung hatten wir keine gute Möglichkeit, um mit unseren Schüler zu kommunizieren. Als engagierte Pädagogen haben wir gehandelt. Und es wurden ja auch keine sensiblen Daten preisgegeben. In dieser Situation war es mir und ich glaube auch meinen Schülern völlig egal, ob die Amerikaner uns beim Geschichtsunterricht zuhören.

Also alles völlig unbegründet?

Datenschutz ist wichtig, keine Frage. Und hätte Herr Hasse mir einen freundlichen Hinweis gegeben, dass es da ein Datenschutzproblem gibt und eine realistische Alternative vorgeschlagen, wäre das doch nicht zu beanstanden gewesen. Aber Herr Hasse hat nicht beraten. Das werfe ich ihm vor.

Würden Sie das Bußgeld zahlen?

Herr Hasse wurde parteiübergreifend und vom Bildungsministerium, das übrigens während dieser Zeit von Herrn Hasse beanstandete Konferenzsoftware nutzte, die auch über

amerikanische Server lief, deutlich kritisiert. Auch Hasses Amtskollegen in anderen Bundesländern kritisierten dessen Amtsverständnis. Und ich habe lange nichts mehr von ihm gehört. Gegen ein Bußgeld würde ich gerichtlich vorgehen.

Droht diese Farce denn bei einem wiederholten Lockdown nochmal?

Thüringen hat inzwischen reagiert. Es gibt jetzt eine datensichere Schulcloud, die von Thüringer Schulen genutzt werden kann. Das ist alles etwas umständlich in der Bedienung und erst die Hälfte der Schulen ist registriert. Das funktioniert natürlich nur, wenn die Schüler Rechner oder Tablets besitzen. Daran wird Dank des Digitalpaktes des Bundes gearbeitet.

Sie selbst sind ja nicht nur Lehrer, sondern auch in der Lehrerbildung eingesetzt. Inwieweit geben Sie die Erfahrungen mit dem Lock-Down an Ihre jungen Kollegen weiter?

In der Ausbildung der Lehramtsanwärter sind Praktiker unterwegs. Da spielt das Thema seit einigen Jahren eine größere Rolle. Wir haben die Aufgabe, in solchen Situationen mit Schülern und Eltern in Kontakt zu bleiben. Und die zurückliegenden Monate haben mir gezeigt, dass dieser Aspekt des digitalen Unterrichts in der universitären Ausbildung meiner jungen Berufskollegen noch zu kurz kommt.

10 FRAGEN
10 ANTWORTEN

Rot-Rot-Grün will Bürgermeister und Landräte entmachten



einzu**z**uschränken. „Nach dem Willen von Rot-Rot-Grün soll zum Teil sogar das Mehrheitsprinzip in den Räten

CDU: Kommunale Manager der Corona-Krise stärken

ausgehebelt werden. Bürokratie und Verwaltungsaufwand sowie der damit verbundene Zeitaufwand der immerhin ehrenamtlich tätigen Ratsmitglieder werden sich somit deutlich vergrößern“, warnt Walk.

Entsprechend laut ist der Aufschrei der kommunalen Familie, die sich durch das rot-rot-grüne Gesetz bevormundet sieht. Auch Michael Brychcy, Bürgermeister von Waltershausen und gleichzeitig Präsident des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes, sieht noch erheblichen Diskussionsbedarf. „Die Thüringer Kommunalordnung ist das wichtigste Gesetz für alle, die in der Kommunalpolitik Verantwortung tragen. Wir erwarten, zu solch gravierenden Änderungen auch mündlich angehört zu werden“, sagt er.

Für Raymond Walk dagegen steht eines schon jetzt fest: „Unsere Thüringer Bürgermeister und Landräte sind die Manager der Corona-Krise gewesen. Sie müssen durch maßvolle Anpassungen gestärkt und nicht in Bürokratie erstickt werden.“

Als „Frontalangriff auf die kommunalen Verantwortungsträger vor Ort“ bezeichnet der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Raymond Walk, einen rot-rot-grünen

Gesetzentwurf zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung. Während die CDU vorschlägt (Drs. 7/869), die Bürgermeister und Landräte im erneuten Krisenfall mit einer Pande-

mieklausel handlungsfähig zu halten und zugleich rechtlich abzusichern, laufen die Vorschläge von Rot-Rot-Grün darauf hinaus, die Rechte der vor Ort Verantwortlichen erheblich

Das grüne Herz steht vor dem Infarkt

„Mir als Forstpolitiker bricht es das Herz, jedes Mal wenn ich in der Natur unterwegs bin und den Zustand unserer Wälder sehe.“ Marcus Malsch, aufgewachsen am Fuße des Rennsteigs und heute forstpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, schaut dann in ausgelichtete Baumkronen und welches Laub schon im Sommer. Dürre, Hitze und Borkenkäfer haben Thüringens Wälder hart getroffen. „Anders als andere Wirtschaftsbereiche kommt die Forstwirtschaft nicht aus einer der längsten Boomphasen der Wirtschaftsgeschichte. Im Gegenteil: Die letzten zwei Jahre waren so katastrophal für die Thüringer Forstwirtschaft wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht. Mitarbeiter und Betriebe sind erschöpft“, sagt Malsch. Er hat schon im März ein Rettungspaket für den Teil unserer Heimat aufgelegt, der wie kein zweiter für die Thüringer Landschaft steht.

„In den nächsten 10 Jahren braucht der Wald Hilfen von 500 Millionen Euro“, sagt Malsch. Private Waldbesitzer, Kommunen und Landesforst müssen bei der Aufforstung von trockenresistenten Arten finanziell unterstützt werden. Die Landesforstanstalt muss vom Land wieder auskömmlich finanziert werden. Darüber hinaus soll sich Thüringen im Bund dafür einsetzen, dass jeder, der neue Bäume pflanzt, eine Klima-Prämie erhält, weil der Baum im Laufe seines langen Lebens Tonnen von Kohlendioxid aus der Atmosphäre aufnimmt.

**Helfen Sie mit - schützen Sie unseren Wald!
Mehr Infos unter www.waldbeschuetzer.de.
Eine politische Initiative der CDU-Fraktion.**



Wer aufforstet, soll dafür eine Prämie bekommen, fordert Marcus Malsch.

Neue Ideen für das ländliche Thüringen

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag legt ein Positionspapier zur Stärkung des ländlichen Thüringens vor. Das ist ein Ergebnis der Klausurtagung der christdemokratischen Abgeordneten von Anfang September in Ilmenau. „Rot-Rot-Grün vernachlässigt die kleineren Kommunen und dünn besiedelten Regionen, seit das Linksbündnis erstmals eine Regierung bilden konnte“, so der Fachsprecher für Infrastruktur, Marcus Malsch. Das zeige sich am Zustand des Schulnetzes, in der finanziellen Benachteiligung kleinerer Kommunen beim kommunalen Finanzausgleich oder beim unbefriedigenden Öffentlichen Nahverkehr auf dem Land. „Der politische Horizont der rot-rot-grünen Koalition endet an den Stadtgrenzen der wenigen Großstädte Thüringens“, so Marcus Malsch.

Eine von der CDU-Fraktion durchgeführte Umfrage zeigt: Ältere Generationen fühlen sich oft abgehängt, denn der selbstständige

Gang zum Arzt, in die Apotheke oder den Supermarkt kann durch den öffentlichen Nahverkehr häufig nicht mehr abgedeckt werden. Familien sorgen sich um wohnortnahe Arbeitsplätze, um Kinder oder darum, pflegebedürftige Verwandte ausreichend betreuen zu können. In Kleinstädten ist die Sorge um Arbeitsplätze besonders groß.

Die Union hat daher Vorschläge unterbreitet, um den größten Problemen auf dem Land entgegenzutreten. Durch mehr Studienplätze für angehende Mediziner etwa solle dem Ärztemangel abseits der großen Städte begegnet werden. Der gewerbliche Mittelstand könne durch Entlastung bei den Vergabeverfahren, der Entbürokratisierung, Hilfen für die Unternehmensnachfolge und den Erhalt eines arbeitsortnahen Berufsschulnetzes gestärkt werden. Der Ausbau leistungsfähiger Datennetze sei durch den zügigen Ausbau der Gigabitinfra-



Die CDU-Umweltpolitiker informierten sich am Wasserwerk Angelrode über Hochwasserschutz, Fernwasserversorgung und Wasserkraft.

struktur und lokaler G5-Netze voranzutreiben. „Die digitale Infrastruktur ist Teil der Daseinsvorsorge. Während die Städte am Ausbau arbeiten, sind ländliche Regionen erst mit dem Aufbau beschäftigt. Das Stadt-Land-Gefälle muss überwunden werden“, machte Malsch deutlich.



Fraktionsvorsitzender Mario Voigt bei der freiwilligen Feuerwehr in Camburg.

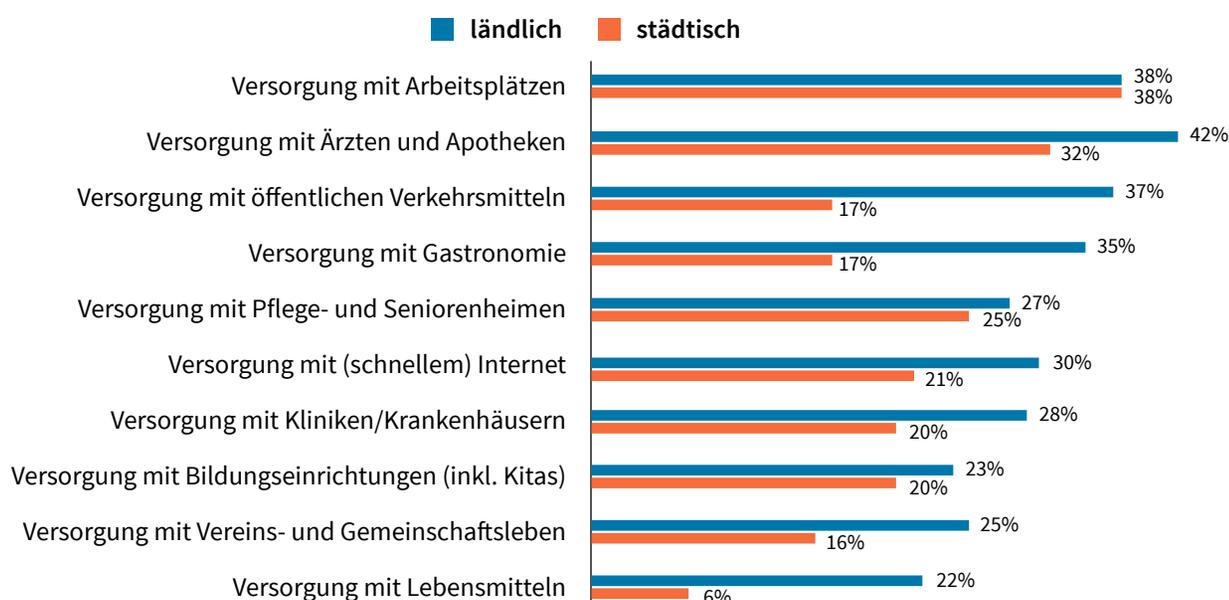


Erstklassige Innovationen „Made in Thüringen“: Besuch beim Fraunhofer AST in Ilmenau.



Die CDU-Sozialpolitiker in der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen in Ilmenau.

Um welche der folgenden Dinge machen Sie sich in Bezug auf Ihren gesamten Wohnort Sorgen?



Quelle: INSA-Consulere, 1072 Befragte, Erhebungszeitraum 20.07.-27.07.2020

IMPRESSUM

Herausgeber
CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Chefredaktion & V.i.S.d.P.
Felix Voigt

Telefon (Fax)
0361 3772-218 (520)

E-Mail
pressestelle@cdu-landtag.de

Auflage
322.000

Fotos
Soweit nicht anders angegeben:
CDU-Fraktion

Text & Fotoauswahl
Felix Voigt, Matthias Thüsing

Satz & Gestaltung
PXN GmbH

Druck
Druckzentrum Erfurt GmbH

Den Sommer für Gespräche genutzt



Die Sommer-Tour bot viele Möglichkeiten zum Austausch mit Vereinen. Hier hilft Bühl schon seit Jahren. So zum Beispiel auch bei den Motocross-Freunden in Martinroda.

In der politischen Sommerpause hat es nun schon Tradition, dass der CDU-Landtagsabgeordnete Andreas Bühl die Zeit nutzt, um intensiv im südlichen ILM-Kreis und Schmiedefeld unterwegs zu sein, um ins Ge-

spräch zu kommen. Die letzten Monate sind wegen der Pandemie nicht einfach gewesen. **Bühl stellt deshalb bewusst mit „Was macht uns wieder stark?“ eine Frage und kein Motto für seine Tour in den Raum, da es**

ihm auf die Meinungen und Antworten aus der Region ankommt, so der Abgeordnete. Dazu besuchte Bühl während seiner Ideentour Unternehmen und Einrichtungen, die ganz unterschiedliche Herausforderungen zu

meistern hatten und noch haben. „Zum einen war es mir wichtig, für die Arbeit zu danken und zum anderen auch Themen als parlamentarischer Geschäftsführer mit in den Landtag oder auch in Kreistag und Stadtrat zu nehmen“, sagt Bühl. So habe er etwa bei der Thüringer Schnitzstube in Manebach selbst mit Hand angelegt oder sich bei der Reise-Insel-Ilmenau über die schwierige Lage von Reisebüros informiert. Auch Gespräche mit Bürgermeistern, im Kindergarten, bei der Feuerwehr, im Schwimmbad, auf dem Bauhof oder Firmenbesuche gab es. „Sicher hat jeder die vergangenen Monate als sehr dramatisch wahrgenommen. Ich möchte verschiedene Perspektiven in meiner Ideentour einsammeln und mich verstärkt für den Erhalt von Arbeitsplätzen und der Wirtschaft in unserer Region einsetzen. Denn es gibt eine Zeit nach Corona, in die wir so gut es geht kommen müssen. Für selbstverständlich gehaltene Dinge nicht mehr machen zu können, hat gezeigt, was notwendig für eine funktionierende Gesellschaft ist“, macht Andreas Bühl deutlich.

Selbstbestimmtes Leben zu Hause muss finanzierbar bleiben

Zeitig ging es zum Praktikum für den CDU-Landtagsabgeordneten Andreas Bühl gemeinsam mit Pflegefachkraft Pierre Kampf beim ambulanten Pflegedienst der Diakonie in Ilmenau los. Um 6.30 Uhr startete deren Morgentour zum Großteil über die Pörlitzer Höhe. **13 Patienten in 3,5 Stunden war die Aufgabe. Das Aufgabenfeld erstreckte sich von Medikamenten geben über Frühstück vorbereiten bis zum Anziehen von orthopädischen Strümpfen.** Je nach Pflegegrad kommen die Pflegekräfte bis zu drei Mal täglich zu den Patienten und zusätzlich wird sich auch um die Hauswirtschaft gekümmert. Dies alles dient dem Ziel, den pflegebedürftigen Senioren ein möglichst langes selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen.

Nach der Tour wertete Bühl noch mit dem Leiter der Diakonie Sozialstation, Thomas Fastner, seine Eindrücke aus. „Die Bürokratie und die Dokumentationspflicht in mehrfacher Ausführung ist schon ganz erheblich. Eine Reduzierung würde den zu Pflegenden zugutekommen“, erklärt Bühl. Mit kurzen Wegstrecken komme man mit den von den Pflegekassen bezahlten Sätzen noch einigermaßen hin, doch



Andreas Bühl (rechts) bei seinem Praktikum mit Pflegefachkraft Pierre Kampf vom ambulanten Pflegedienst der Diakonie in Ilmenau.

werde dies auf dem Land zum Problem. „Auch im ländlichen Raum muss es möglich sein, lang zu Hause wohnen zu können. Viele Pflegedienste bieten Betreuung dort schon kaum noch an, weil es nicht wirtschaftlich ist. Da muss nachgesteuert werden“, sagte Bühl. Genau dies sei das Problem in der Pflege, da zu viel verpau-

schaliert ist. Außerdem sieht Andreas Bühl einen Handlungsbedarf bei der Obergrenze von Eigenanteilen der zu Pflegenden oder deren Angehörigen: **„Trotz Kostensteigerungen muss Pflege bezahlbar sein. Man sollte dafür nicht sein letztes Hemd nach einem langen Arbeitsleben geben müssen oder seine Angehörigen be-**

lasten“, ist Bühl überzeugt.

Fastner gab dem Abgeordneten die Ausfinanzierung der Pflegeunternehmen durch die Krankenkassen mit. Die Sonderzahlung in Coronazeiten sei ein wichtiges Zeichen der Anerkennung gewesen, allerdings müssten darüber hinaus grundsätzliche Fragen der Bezahlung beantwortet werden.